

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 21. Ratssitzung vom 14. November 2018

- 563. 2017/250**
Postulat von Eduard Guggenheim (AL), Marcel Bührig (Grüne) und 13 Mitunterzeichnenden vom 12.07.2017:
Angebot für einen Ersatzstandort für das Chinesische Generalkonsulat nach Ablauf des Mietvertrags

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Eduard Guggenheim (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3121/2017): Vorab eine kleine Korrektur zum Postulat: Im Postulat wurde nicht nur verlangt, dass der Stadtrat einen Ersatzstandort für das Generalkonsulat anbieten soll, sondern auch, dass er der chinesischen Botschaft bei der Suche nach einem Ersatzobjekt behilflich sein soll. Das ist wesentlich und nimmt etwas Druck weg. Zum Hintergrund des Postulats: Die Villa Schneeligut, in der sich das Konsulat seit 2012 befindet, ist ein Teil einer öffentlichen und geschützten Parkanlage des Belvoirparks. Es wurde ein zweieinhalb Meter hoher Zaun um die Villa bewilligt und gebaut. Die Grundlage dafür ist die Verpflichtung des gastgebenden Landes, für angemessenen Schutz der Botschaften zu sorgen. Der Zaun hat somit seine Berechtigung. Durch den Park führen zwei Wege aus dem Quartier zu den Seeanlagen. An schönen Tagen sind dort zahlreiche Besucher, die zum Seebad und an den See spazieren. An Spitzentagen hat das Seebad Mythenquai bis zu 10 000 Besucher. Es ist weder schön noch angenehm, dass man am Zaun der Botschaft vorbeigehen muss und dabei von mindestens zehn am Haus angebrachten Videokameras gefilmt wird. Im Quartier und weit darüber hinaus herrscht grosser Unwille darüber. Das kam teilweise auch pointiert bis überdeutlich in Leserbriefen und Artikeln zum Ausdruck. Die Forderung nach einem wieder freien Park wird im Quartier und darüber hinaus klar unterstützt. Angesichts der Behandlung von Minderheiten in China ist es im Übrigen unverständlich, wie sich das chinesische Botschaftspersonal derart gefährdet fühlt und meint, sich in derartigem Mass schützen zu müssen. Nebst der erwähnten Videoüberwachung finden stündliche Kontrollgänge durch die Stadtpolizei statt. Seit ein- einhalb Jahren existiert nun auch der Zaun. Davor funktionierte es auch ohne den Zaun. Früher war das österreichische Konsulat in der Villa beheimatet. Auch dieses Konsulat wurde niemals angegriffen oder bedroht. Die Forderung des Postulats lautet deshalb, dass die Stadt dem chinesischen Konsulat bei der Suche nach einem geeigneten Ersatzstandort aktiv helfen soll. Das tut sie nach unserem Wissen in aner kennenswerter Weise bereits seit längerer Zeit. Ob man etwas gefunden hat, ist mir derzeit nicht bekannt. Aus der Erfahrung heraus, dass in der Stadt Zürich provisorische Bewilligungen trotz zeitlicher Beschränkungen oft über die Beschränkung hinaus verlängert werden, soll mit dem Postulat folgendes sichergestellt werden: Erstens soll der Zaun nach 2020 entfernt werden und es soll keine Verlängerung der provisorischen Bewilligung geben. Zweitens soll der Park als Ganzes erlebbar und ohne Einschränkungen begehbar wer-*

den. Drittens soll die Villa Schneeligut wieder der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Ergänzend nötig ist viertens auch die Instandstellung der Villa und ihrer Umgebung als wichtiges Kulturgut unter kantonalem und städtischem Denkmalschutz. Das betrifft zum einen unterhalb der Seestrasse die Grotten, die damals um 1870 im Trend waren, und zum anderen sollte die eigenartige, blau angelaufene Bronzeskulptur entfernt und an einem anderen Standort aufgestellt werden. Die Skulptur war damals offenbar ein Geschenk an die Stadt, das man irgendwo aufstellen musste.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Stadtrat hat ein gewisses Verständnis für die negativen Begleiterscheinungen, die die Situation für das Quartier gebracht hat. Ich bin froh, dass es STR Filippo Leutenegger in der Umsetzung gelungen ist, dass der Zaun nicht bis ganz weit oben an die Strasse gezogen wurde. Die Stadt ist aber auch verpflichtet, durch Konventionen, die die Schweiz unterzeichnet hat, den Schutz der Botschaften und Konsulate sicherzustellen. Deshalb ist dieses Konsulat, bei dem aufgrund der politischen Konstellationen vermehrt auch Demonstrationen in der Umgebung stattfinden, entsprechend zu schützen. Uns ist klar, dass es kein guter Dauerzustand ist. Entsprechend ist in der Absichtserklärung, die der Stadtrat mit dem Generalkonsulat unterzeichnet hat, klar enthalten, dass dieser Zustand nur für drei Jahre gelten soll. Die chinesische Seite hat klar deklariert, dass sie selber einen Ersatzstandort suchen wird. Das ist auch ihre Pflicht. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt, für fremde Staaten Standorte für ihre Konsulate zu suchen. Das ist auch der Grund, warum der Stadtrat das Postulat ablehnt. Geeignete Räumlichkeiten haben wir nicht in unserem Portfolio. Es würde auch den Horizont einschränken, wenn sich das Konsulat darauf verlassen könnte, dass wir diese Aufgabe übernehmen. Wir beraten das Konsulat gerne und stehen für Fragen zur Verfügung. Es liegt aber an der chinesischen Delegation und an den Verantwortlichen, hier ein geeignetes Gebäude zu finden, idealerweise eines, das nicht von allen Seiten her zugänglich ist.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): Als ich das Postulat zum ersten Mal las, verstand ich nicht ganz, worum es eigentlich geht. Nach den nun gehörten Erklärungen von Eduard Guggenheim (AL) verstehe ich es noch weniger. Das, was im Text gefordert wird, hat nichts mit den vier nun nachgelieferten Punkten zu tun. Das wird zwar in der Begründung erwähnt, nicht aber im Postulatstext. Dann kommt noch die Videoüberwachung dazu. Bei gewissen Konsulaten kann es sinnvoll sein, wenn Videokameras installiert sind. Weil wir nicht vollständig verstehen, was mit dem Postulat gefordert wird, können wir es auch nicht beurteilen. Wir enthalten uns deshalb der Stimme.

Dr. Pawel Silberring (SP): Für uns verlangt das Postulat etwas, das mit der Botschaft so vereinbart ist. Wir sind davon ausgegangen, dass eine Ablehnung so verstanden werden könnte, dass man mit den eingeleiteten Schritten nicht einverstanden ist. Wir werden dem Postulat deshalb zustimmen. Der Ablehnungsgrund seitens des Stadtrats hat mich überrascht. Ich habe eher erwartet, dass man es als unfreundlichen Akt der

3 / 3

Botschaft gegenüber betrachten könnte. Das wäre nicht unsere Absicht. Das Postulat fordert aber nach meinem Verständnis nicht, dass die Stadt einen Standort suchen muss. Es gibt dem Stadtrat bei der Umsetzung eine grosse Freiheit. Es wird gefordert, dass man dem Konsulat behilflich sein soll. Es geht um Assistenzdienste, die das Konsulat möglicherweise tatsächlich von der Stadt erwarten kann. Wir sind von diesem Postulat zu einer Stellungnahme aufgefordert und bestätigen mit unserer Zustimmung die geplanten weiteren Schritte.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Auch mir fiel es etwas schwer, das Postulat zu verstehen. Wenn man es wirklich um der Sache Willen hätte tun wollen, hätte man sich nicht unbedingt nur auf das chinesische Konsulat konzentrieren müssen, sondern auch davon ausgehen müssen, dass zum Beispiel das türkische Konsulat zu Schwierigkeiten führt. Vor jenem Konsulat finden oft Demonstrationen statt. Die Weinbergstrasse ist dann für den Verkehr jeweils komplett gesperrt. Es gibt weitere problematische Konsulate. Dass wir als Stadt den Schutz gewährleisten müssen, ist klar. Beim türkischen Konsulat ist die Stadtpolizei dauerhaft für dessen Überwachung präsent. Dazu sind wir verpflichtet. Wenn man aber andere problematische Konsulate miteinbezieht, müsste man sich fragen, wo man dann hinkommt. Es ist ein Zwiespalt.*

Das Postulat wird mit 69 gegen 22 Stimmen (bei 19 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat